

Sind zwei Fremdsprachen eine zu viel?

Abstimmung Am 24. September befinden die Stimmbürger über die Initiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe». Diese würde bestehende Probleme lösen – oder ganz neue schaffen.

Pro

Wäre die Debatte um die Fremdsprachen-Initiative ein Klassenzimmer, müsste man sich unweigerlich in die erste Reihe setzen. Ob all dem Lärm kriegt man sonst überhaupt nicht mehr mit, was uns die Lehrer da eigentlich erzählen.

Von beiden Seiten werden Studien und Forschungsergebnisse wie Papierbällchen durch den Raum geworfen. Andere wiederum posaunen lauthals den Begriff «Abschaffung» heraus. Schamlos wird so suggeriert, dass eine der Fremdsprachen gestrichen würde. Das ist natürlich Quatsch – es würde schlicht wie vor 2006 die zweite Fremdsprache auf der Oberstufe unterrichtet.

Aber auch der Begriff «Abseits» fliegt einem konstant um die Ohren. Luzern würde zu einer im Abseits stehenden «bildungspolitischen Sprachinsel» verkommen. Dabei wird verkannt, dass es in der «bil-

dungspolitischen Schweiz» gar kein Festland gibt und auch nie gab. Praktisch jeder einzelne Kanton kennt in der Bildung Insel- beziehungsweise Sonderlösungen. Daran haben auch das Harnos-Konkordat und der Lehrplan 21 nichts geändert.

Und dann wird da auch ein wenig geheult. Nämlich dass der «nationale Zusammenhalt» auf dem Spiel stehe. Der Röstigraben war vor 2006 aber nicht tiefer als heute. Das wissen sogar die Welschen.

Wer statt dem Gepoltere und Geheule im Unterricht aufgepasst hat, der weiss aber: Der Initiative liegt eine nicht wegdiskutierbare Tatsache zu Grunde. Der Sprachenunterricht, wie er seit 2006 praktiziert wird, funktioniert schlicht nicht. Die Ergebnisse der Fremdsprachen-evaluation zeigen dies gnadenlos auf. Nach elf Jahren muss man anerkennen, dass das 3/5-Modell gescheitert ist.

Luzerns Lehrerinnen und Lehrer erleben dieses Scheitern, die Frustration und die Resignation der Kinder tagtäglich im eigenen Klassenzimmer. Sie sehen die Überforderung, drei Fremdsprachen im Primarschulalter meistern zu müssen (auch Schriftdeutsch ist für die meisten Luzerner Kinder eine Fremdsprache). Deshalb haben die Lehrerinnen und Lehrer diese Initiative lanciert. Wir täten gut daran, ihnen endlich wieder besser zuzuhören.



Ismail Osman
Stellvertretender Leiter
Ressort Kanton
ismail.osman@luzernerzeitung.ch

Contra

Die Drohkulisse der Luzerner Regierung ist übertrieben: Bei einem Ja zur Initiative sei der nationale Zusammenhalt gefährdet, zudem würde Luzern zu einer Sprachinsel. Hinter den markigen Begriffen stecken aber handfeste Probleme. Was passiert zum Beispiel mit Luzerner Primarschülern, die mit ihrer Familie zu Beginn der Oberstufe in den Kanton Obwalden ziehen? Diese Schüler hätten bis dann in Luzern – ginge

es nach dem Willen der Regierung – nur Französischunterricht gehabt. Sie müssten nun neben Sek-Schülern sitzen, die in Obwalden bereits seit der dritten Klasse Englisch gebüffelt haben. Das Beispiel wird wegen der zunehmenden Mobilität der Bevölkerung kein Einzelfall sein.

Absurd sind nicht nur die praktischen Folgen eines Ja. Absurd ist auch die wissenschaftliche Argumentation der

Befürworter. Demnach würden Kinder im Vorschulalter (!) Fremdsprachen am besten lernen. Die nächstbeste Chance bietet sich erst wieder in der Pubertät, also frühestens in der Oberstufe. Dann entwickle sich das analytische Denken. Das sollte aber primär für das Vermitteln von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik eingesetzt werden. Diese sogenannten Mint-Fächer müssen nach einhelliger Meinung besser gefördert werden – würden aber zu Gunsten einer Fremdsprache zumindest teilweise auf die Primarstufe verschoben.

Als weiterer Tolggen im Reinheit der Initiative erweist sich deren Zeitpunkt. Erst in diesem Sommer ist im Kanton Luzern der Lehrplan 21 eingeführt worden – inklusive zusätzlichen Französischlektionen in der 5. und 6. Klasse. Bevor also die Wirkung dieser Massnahme überprüft werden kann, soll

schon wieder eine Reform eingeführt werden.

In einem Punkt haben die Initianten Recht: Die Französischkenntnisse der Luzerner Volksschulabgänger sind schlecht. Das zeigt nicht nur die Studie der Zentralschweizer Bildungsdirektoren, das sagen auch viele Lehrmeister. Hier gilt nun abzuwarten, ob der Lehrplan 21 Besserung bringt. Wenn nicht, braucht es breit abgestützte und national verträgliche Lösungen. Und nicht kantonale Initiativen, die wie bisher überall gescheitert sind.



Alexander von Däniken,
Leiter Ressort Kanton
alexander.vondaniken@
luzernerzeitung.ch



Abstimmung
24. September